



Beobachter sprechen von einem Prozess, der das Internet nachhaltig verändern könnte: Google muss sich in den USA erstmals wegen Marktmissbrauchs vor Gericht verantworten. In Europa kommen die Big Tech durch neue Gesetze in Bedrängnis.

HERMANN FRÖSCHL

SALZBURG. Die Big Tech dominieren das globale Wirtschaftsgeschehen in einer Art, die ihresgleichen in der Geschichte sucht. Apple, Google, Amazon, Microsoft und Meta beherrschen nicht nur das Internet, sie sind auch allein für die heurigen Kursgewinne an den Börsen verantwortlich. Dem sagenhaften Wachstum könnten nun Gerichte ein Ende setzen. Das US-Justizministerium hat Google wegen Marktmissbrauchs vor Gericht gebracht. Die SN haben Viktoria Robertson, die an der WU Wien zu Kartellrecht und Digitalisierung lehrt, zum spektakulären Prozess sowie den neuen EU-Digitalgesetzen befragt.

SN: Beobachter sprechen in Bezug auf das laufende Google-Verfahren vom „Prozess des Jahrzehnts“, der das Internet nachhaltig verändern könnte. Sehen Sie das auch so?

Robertson: Das Verfahren ist jedenfalls bedeutend, weil die USA nun offenbar beginnen, die Marktmacht ihrer Internetgiganten ernsthaft zu hinterfragen. Das Verfahren in den USA wurde vom Justizministerium angestrengt, 38 Bundesstaaten haben sich angeschlossen. In Europa sind wir da schon einen Schritt weiter. Die EU-Kommission hat 2017 erste Entscheidungen gegen Google wegen Missbrauchs der Marktmacht getroffen; 2018 hat sie eine Entscheidung gefällt, die genau jene Verhältnisse untersuchte, die nun auch in den USA verhandelt werden. Und diese wurde vom Europäischen Gericht bestätigt. Nun ist noch der Gerichtshof am Zug.

SN: Google wird vorgeworfen, dass es etwa großen Smartphone-Anbietern wie Apple oder Samsung, aber auch Telekommunikationsfirmen hohe Summen zahlt, damit diese Google als Suchmaschine im Browser automatisch voreinstellen.

Das ist natürlich ein wichtiges Instrument, um seine eigene Marktposition zu zementieren, weil Nut-

zerinnen und Nutzer eine solche Voreinstellung in der Regel akzeptieren und diesen Standard dann nutzen. Das ist auch das Kalkül hinter dem Vorgehen. Wie erfolgreich Google damit war, zeigt der Umstand, dass knapp 90 Prozent aller Suchanfragen über Google durchgeführt werden.

SN: Was kann in dem Verfahren herauskommen?

Das ist schwer zu sagen, nachdem Google mit Verweis auf Betriebsgeheimnisse im Prozess erreicht hat, dass meist hinter verschlossenen Türen verhandelt wird. Die Transparenz ist also sehr gering, auch da sind wir in Europa schon weiter. Da wurde jüngst eine Anhörung von Google live im Internet übertragen.

SN: Auch Microsoft wurde in den USA wegen der monopolartigen Stellung seines Betriebssystems Windows schon der Prozess gemacht. Herausgekommen ist damals aber nicht viel.

Nein, Microsoft wurde in den 1990ern eine Kopplung des Internet Explorer mit seinem erfolgreichen Betriebssystem Windows vorgeworfen. Microsoft wurde zwar wettbewerbsrechtlich verurteilt, hatte dann aber mit seiner Berufung Teil Erfolg. Es einigte sich letztendlich mit dem Justizministerium auf Abhilfemaßnahmen. Im Endeffekt hatte der Fall punktuell Konsequenzen, aber keine einschneidende Wirkung auf den Wettbewerb. Insbesondere wurde Microsoft nicht wie zunächst vom Erstergericht verfügt – zerschlagen. Das ist mittlerweile aber 25 Jahre her.

SN: Kann das diesmal anders sein? Oder wird es letztlich bei hohen Geldstrafen bleiben, wie sie ja auch in Europa gegen Google & Co. immer wieder verhängt werden?

Die Anklage fordert eine Klarstellung, dass ein Missbrauch der Marktmacht vorliegt, und wie erreichen, dass dagegen strukturelle Abhilfe geschaffen wird. Es steht also

eine Zerschlagung im Raum. Eine Geldbuße wie in Europa – wo Google in drei Verfahren insgesamt über acht Milliarden Euro an Geldbußen aufgebracht bekommen hat – hat Google in den USA derzeit noch nicht zu erwarten. Vielmehr steht Googles gesamtes Geschäftsmodell auf dem Spiel, und daher bekämpft Google das US-amerikanische Justizministerium mit allen Mitteln.

SN: Welche Folgen hätte eine Zerschlagung?

Es würde die digitale Welt zweifelsfrei ohne neu ordnen, weil es einen Dominoeffekt haben könnte. Auch die anderen Tech-Riesen wie Apple, Meta oder Amazon haben digitale Ökosysteme mit vielen Diensten geschaffen. Hier könnte sich dann auch die Frage stellen, ob sie ihre Marktmacht zu sehr ausnutzen. Hat man beispielsweise ein iPhone von Apple, kann man Apps einzig vom Apple-App-Store herunterladen und nicht von anderen Anbietern. Das stärkt Apples Ökosystem, zumal Apple in vielen Fällen 30 Prozent der Kosten für heruntergeladene Apps als Kommissionsgebühr kassiert.



BILD: SHUTTERSTOCK/ALAN REZ

„Europa ist da schon einen Schritt weiter.“

Viktoria Robertson, WU Wien

SN: Wäre das nicht eine Chance, die digitale Welt gesünder und fairer zu organisieren?

Das ist schwierig zu beantworten, weil wir nicht vergessen dürfen, dass viele dieser Dienste deshalb so groß geworden sind, weil sie den Menschen neue Möglichkeiten eröffnen und einen Nutzen geschaffen haben. Eben auch deshalb, weil Netzwerkeffekte dazu beitragen, dass die Anbieter ihre Dienste geschickt auf viele Bereiche ausbreiten. Die Herausforderung ist, diese abgeschotteten digitalen Welten für andere Anbieter so zu öffnen, dass keine monopolartigen Struk-

turen entstehen, die andere Anbieter de facto ausschließen und letztlich zum Schaden der Verbraucherinnen, der Mitbewerber und des Wettbewerbs sind.

SN: In Europa wurden zuletzt neue Gesetze beschlossen, um die Tech-Giganten einzuhegen. So definiert der Digital Markets Act (DMA) vorerst mit Apple, Alphabet, Meta, Amazon, Microsoft und ByteDance (TikTok) sechs sogenannte Gatekeeper mit hoher Marktmacht. Was bedeutet diese Einstufung und was wird sich für die Nutzer ändern?

Die Liste der Verpflichtungen, die diesen Gatekeepern auferlegt werden, ist lang. Im Kern geht es darum, dass sie ihre Ökosysteme auch für andere Anbieter öffnen müssen. Dass man beispielsweise Apps für das Smartphone nicht nur exklusiv vom App Store der Plattform herunterladen kann, sondern auch von anderen Anbietern. Auch das sogenannte Sideloadung, also das Installieren von Apps außerhalb eines App-Stores, wird erlaubt sein. Und Nachrichtendienste werden kompatibel sein: Meta muss etwa zulassen, dass man von WhatsApp App zu anderen Anbietern wie Signal oder Telegram Nachrichten schicken kann.

SN: Wie realistisch ist es, dass all das umgesetzt wird?

Natürlich haben die großen Tech-Konzerne wenig Interesse daran. Sie könnten ihre Marktmacht dann nicht mehr so auskosten und argumentieren vor allem mit Sicherheitsbedenken, um diese Öffnungen zu verhindern. Deshalb wird es Reibungsflächen in der Umsetzung geben. Ich bin aber trotzdem zuversichtlich, dass sich einiges ändert. Die EU-Kommission hat klargemacht, dass sie sehr dahinter ist, die neuen Vorgaben durchzusetzen.

SN: Bleibt die Frage, ob die Nutzerinnen und Nutzer diese neuen Möglichkeiten überhaupt wollen. Viele empfinden über-

abgeschotteten Ökosysteme als praktisch und haben es sich dort bequem eingerichtet.

Das hat viel mit Bequemlichkeit zu tun. Der Mensch ist ein Gewohnheitstier und nutzt deshalb die vorgestellten Dienste. Ich glaube dennoch, dass der Digital Markets Act auch hier für Bewegung sorgen wird. So ist es App-Anbietern künftig erlaubt, ihr Angebot auf der Plattform des Gatekeepers zu bewerben. Wenn sich beispielsweise eine Nutzerin aus dem Apple-App-Store die Spotify-App herunterlädt, könnte Spotify dort ein günstigeres Ab-Sonderangebot bewerben, das man nur über die Website von Spotify erhält. Es werden künftig auch sogenannte Choice Screens vorgeschrieben, mit denen Nutzerinnen und Nutzer auf einen Blick sehen können, welche Anbieter für den Browser, die Suchmaschine und andere zentrale Dienste zur Auswahl stehen. Diese Auswahlmöglichkeit wird uns derzeit weitgehend verwehrt. Wichtig ist bei all dem: Es geht nicht darum, die großen Anbieter zu schwächen. Es geht vielmehr darum, anderen Anbietern überhaupt die Chance zu geben, ihre Dienste anzubieten. Es wird sich weisen, wer diese Chance tatsächlich nutzen kann.

SN: Besteht die Gefahr, dass die Großen dann auf Europa preifen und ihre Dienste hier nicht mehr anbieten? Jüngst gab es Spekulationen, dass

Elon Musk seine Plattform X aus Europa schieben könnte. Das sehe ich nicht. Europa ist für die großen Anbieter einfach ein zu großer und bedeutender Markt. Man sah das auch in Australien, als Meta mit Abzug drohte, weil die Regierung die Tech-Giganten verpflichtete, lokale Medien an ihren Werbeeinnahmen zu beteiligen. Am Schluss ist Meta mit Facebook und Instagram doch in Australien geblieben. Und selbst wenn sich einer der großen Tech-Gatekeeper aus Europa zurückziehen sollte, werden andere Anbieter die entstehende Lücke schließen.